

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2007
- 2 Änderung des Verfahrens zu externen Stellenbesetzungen
Vorlage: 07/SVV/1097
Oberbürgermeister, SB Steuerung und Service
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
 - 3.1 Vorstellung des Bereichsleiters Wirtschaftsförderung
 - 3.2 Medienbeauftragter
Vorlage: 07/SVV/0874
Oberbürgermeister
 - 3.3 Bilanz Verwaltungsreform 2007
Vorlage: 07/SVV/0993
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
 - 3.4 Ortsbürgermeister zum Bericht zu den Ortsteilen gemäß DS 07/SVV/0550
 - 3.5 Bericht zur Städtepartnerschaft mit Sansibar
- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 28.11.2007

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um die DS 07/SVV/0996, Standort für Tierschutzverein, entsprechend der Überweisung aus der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu erweitern und als Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Im Weiteren soll der Tagesordnungspunkt 3.4 - Ortsbürgermeister zum Bericht zu den Ortsteilen gemäß DS 07/SVV/0550 gleich zu Beginn der Sitzung behandelt werden, da anschließend noch Ortsbeiratssitzungen stattfinden. Von der Fraktion DIE LINKE liegt ein Antrag auf Rederecht für

Herrn Kilian Kindelberger zum Tagesordnungspunkt 3.5 - Bericht zur Städtepartnerschaft mit Sansibar – vor. Herr Dr. Gunold verweist anschließend auf seine bereits im Vorfeld schriftlich an den Oberbürgermeister gerichtete Bitte um Informationen zu Plänen der Pro Potsdam, an der Pappelallee einen Neubau als Firmensitz zu errichten.

Gegen die vorgeschlagenen Änderungen und Erweiterungen der Tagesordnung sowie das beantragte Rederecht erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 79. Sitzung vom 28.11.2007 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird einstimmig bestätigt.

zu 3.4 Ortsbürgermeister zum Bericht zu den Ortsteilen gemäß DS 07/SVV/0550

Der Oberbürgermeister bittet die Ortsbürgermeister um eine Stellungnahme, wie die Eingemeindung aus ihrer Sicht einzuschätzen sei und welche Schwerpunkte in den genannten Bericht aufzunehmen seien.

Im Folgenden nehmen die Ortsbürgermeister wie folgt Stellung:

Herr Mohr (Golm) führt aus, dass er die Erarbeitung des Berichts über die Ortsteile als sehr gut empfinde und rückblickend auf die letzten 4 Jahre feststellen könne, dass der Prozess der Eingemeindung positiv gelaufen sei; manchmal vielleicht auch etwas „zu leise“. Trotzdem blieben „kleinere Mängel“ und manche Dinge seien dem Bürger schwer vermittelbar, die im Gesamtblick als nichtig erscheinen, für den einzelnen Bürger aber sehr wichtig seien. Der Ortsbeirat habe sich bemüht, seiner Funktion als Bindeglied zwischen Ortsteil und Verwaltung gerecht zu werden und konnte dabei auf fachliche Unterstützung der Verwaltung zurückgreifen.

Herr Becker betont, dass Uetz-Paaren eine Gemeinde ohne Vertrag, ohne Schule, ohne Kita und auch ohne Schulden gewesen sei. Nach der Eingemeindung habe man damit begonnen, eine Prioritätenliste der wichtigsten Aufgaben zu erstellen, die sich im Laufe der Zeit aber „in Luft“ aufgelöst habe. Trotzdem gab es im Ort eine Menge Veränderungen, wie die Sanierung von Straßen und anderes, und mehr sei nicht zu erwarten gewesen. Er hege nach wie vor den Wunsch, den seit langem geplanten und zugesagten Fußgängerweg nach Uetz in die Tat umzusetzen und hoffe, dass dies zeitnah möglich sein werde. Positiv sei die Zusammenarbeit mit der Rathausspitze, ebenso wie die alle 4 Wochen stattfindende Zusammenkunft mit dem Oberbürgermeister. Hier könne Kritik geäußert und Abstimmungen vorgenommen werden, deren Umsetzung manchmal jedoch etwas zähflüssig verlaufe. Beim Büro der Stadtverordnetenversammlung wolle er sich bedanken; dies sei eine gute Einrichtung und große Unterstützung für die Ortsbeiräte.

Herr Gutschmidt (Grube) schließt sich den Äußerungen seiner Vorredner an.

Herr Wartenberg verweist in seinen Ausführungen auf die im ersten Bericht zu den Ortsteilen geäußerten Kritikpunkte, die bis heute nicht vollständig abgearbeitet seien. Trotzdem schätze er ein, dass sich Fahrland als Gemeinde ohne Eingliederungsvertrag nicht beklagen könne - das allerdings nur dann, wenn man bescheiden sei. Einige Dinge, so wie der Flächennutzungsplan seien noch offen und in den nächsten Wochen und Monaten abzarbeiten. Kritisch zu bewerten sei, dass sowohl die Verwaltung als auch die Stadtverordnetenversammlung die neuen Ortsteile nicht immer einzuordnen wissen.

Herr Klemund meint, dass sich die Situation in Eiche etwas anders darstelle, da hier der Ortsteil-Gedanke erst geweckt werden musste, was aber gut gelungen sei. Für Bürger sei die Kompetenz eines Ortsbeirates jedoch manchmal schwer

einschätzbar. Vieles wurde bereits erreicht, wie z.B. die Verbesserung der Infrastruktur und letztendlich lebe Eiche in einer komfortablen Situation. Als Problem sei die Grundschule zu benennen, da für das nächste Schuljahr zahlreiche Anmeldungen vorlägen, und zwar sowohl aus Eiche selbst als auch aus Golm. Da im Schulentwicklungsplan eine Zweizügigkeit der Schule festgelegt worden sei, könne man nicht alle Anmeldungen berücksichtigen und so bleibe für viele Golmer Grundschüler nur die Lösung, die Inselschule Töplitz anzuwählen. So entstehe die Situation, dass von nebeneinander wohnenden Schulanfängern einer nach Eiche und einer nach Töplitz gehen müsse, was als nicht praktikabel angesehen werde. Bei einer Dreizügigkeit der Schule in Eiche stoße man wiederum an die Grenzen der Raumkapazitäten und müsse Fachkabinette wieder umrüsten zu Klassenräumen. Zu dieser Problematik sollten Überlegungen angestellt werden, da Golm noch weitere Potenziale durch den Zuzug von Familien mit Kindern habe.

Frau Langenhoff führt aus, dass sie die Einladung als Aufforderung zum Rückblick auf die letzten vier Jahre verstehe und Groß Glienicke wegen des Eingemeindungsvertrages privilegiert sei. Über die Existenz der Ortsbeiräte sei sie sehr glücklich, da diese Gremien sehr vieles steuern und anpacken könnten. Hervorzuheben sei die „exzellente“ Betreuung und Beratung durch das Büro der Stadtverordnetenversammlung und die Möglichkeit, auf leitende Mitarbeiter der Verwaltung „zugreifen“ zu können. Das sehe sie für die Orteile der Landeshauptstadt im Vergleich zu anderen im Land Brandenburg als sehr komfortabel an. Ebenso positiv finde sie das Serviceangebot der Verwaltung insgesamt und dazu gehöre auch die monatliche Beratung mit dem Oberbürgermeister. Vieles habe man in Groß Glienicke angepackt und trotzdem gebe es noch große Probleme, wie z.B. die Straßensanierung. Im Weiteren wolle sie dafür werben, den Ortsteilen die Erlöse aus Grundstücksverkäufen auch nach Ablauf der Verträge als Investitionsgeld zur Verfügung zu stellen, um die noch offenen Probleme einer Lösung zuzuführen.

Herr Reiter verweist darauf, dass Neu Fahrland die erste Gemeinde gewesen sei, die einen Eingemeindungsvertrag unterzeichnet habe und betont, dass der Vertrag 1:1 eingehalten und die vertraglich vereinbarten Zuwendungen auf Heller und Pfennig „geflossen“ seien. Damit sei eine Entwicklung der Vereinsarbeit ermöglicht worden, die es vorher nicht gegeben habe. Auch er stimme den Ausführungen der anderen Ortsbürgermeister zu, dass leitende Mitarbeiter der Verwaltung den Ortsbeiräten zur Seite standen und das Büro der Stadtverordnetenversammlung eine sehr gute Betreuungsarbeit geleistet habe. Zu nennen sei auch Frau Höhnow aus dem Haushaltsbereich, die couragiert Auskunft über die Kontostände gegeben habe. Einige Vorhaben seien im Ortsteil noch nicht zu Ende gebracht worden, wie die Gestaltung des nördlichen Einfahrtbereiches von Potsdam. Anderes, wie die Kinderbibliothek gestaltete sich schwierig, wurde aber mit Unterstützung der Verwaltung zu einem positiven Ende gebracht. Er sei zuversichtlich, dass die Entwicklungen im Laufe der Jahre noch schneller vorangetrieben werden könne.

Herr Bendyk (Satzkorn) verzichtet auf eine Stellungnahme.

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass sich die Ortsbeiräte als Gremien der neuen Ortsteile bewährt haben und auch zukünftig beibehalten werden sollten. Ebenso bewährt habe sich die monatlich stattfindende Beratungsrunde Oberbürgermeister – Ortsbürgermeister, was nicht bedeute, dass alle Probleme ausgeräumt werden konnten. Die von den Ortsbürgermeistern angesprochenen Probleme werden Eingang in den Bericht finden und für kleinere Probleme müsse die Verwaltung adäquate Lösungen suchen. Die Verwaltung müsse zukünftig auch lernen, dass in den Ortsteilen z.B. bei der Pflege der Grünflächen mehr auf Eigeninitiative zurückgegriffen werden könne und nicht immer eine Gartenbaufirma

engagiert werden müsse.

In der weiteren Diskussion äußert Herr Dr. Scharfenberg, dass er viel Positives gehört habe, meine aber, dass trotz der positiven Grundeinschätzung Probleme hinterfragt werden müssten. Der Ausgangspunkt für die Antragstellung der Fraktion DIE LINKE zu diesem Bericht war u.a. das Auslaufen der Übergangsregelungen und die damit verbundenen Steigerungen bei Abgaben und Steuern. Deshalb wolle er wissen, wie die Ortsbeiräte zu diesem Thema stehen. Im Weiteren bitte er um eine Stellungnahme bezüglich des jedem Ortsbeirat zur Verfügung stehenden Sachaufwandes, da er gehört habe, dass der Einfluss des Ortsbeirates gering und das Antragsverfahren kompliziert und aufwendig sei. Ebenso wolle er eine Stellungnahme zur Teilnahme der Fraktionen an den Beratungen des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern, die bei einer früheren Antragstellung abgelehnt worden sei. Abschließend fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, ob es bereits eine Struktur für den Bericht gebe und wenn ja, welche.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, diese Themen im Bericht ausführlich zu behandeln und nicht im Rahmen der Hauptausschusssitzung zu diskutieren. Bezüglich der Struktur des Berichts erläutert er, dass diese vorliege und es bereits zu arbeiten gebe. Nach einer Bearbeitung erfolge die Rückkopplung mit den Ortsbürgermeistern und die Vorlage des Berichts in der März-Sitzung der StVV.

Herr Heinzel führt aus, dass er als Stadtverordneter und als Mitglied des Ortsbeirates Golm dem positiven Grundsignal zustimme. Trotzdem sehe er die Schwierigkeit u.a. auch darin, dass Landgemeinden in die Stadt eingemeindet wurden. Er meine, dass die Bildung der Ortsbeiräte das Vernünftigste war, was im Zuge der Eingemeindungen gemacht werden konnte und das sollte nicht nur beibehalten, sondern auf Stadtteile erweitert werden.

Herr Schubert meint, man habe sich nicht nur aneinander gewöhnt, sondern man sei auch zusammengewachsen. Die unbürokratische Handhabung bestimmter Themen, wie des Sachaufwandes sollte man sich für die nächsten Jahre vornehmen. Und Auseinandersetzungen zu führen - das gehöre für ihn zum Prozess dazu.

Herr Mohr führt bezüglich der Teilnahme der Fraktionen an den Beratungen des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern aus, dass es so, wie es jetzt sei, auch gut sei, weil in dieser Runde spezifische Dinge besprochen werden. Er meine, dass die Ortsbürgermeister sich zu jeder Zeit an die Fraktionen wenden können, wenn sie das denn wollten. In den genannten Beratungen werden u.a. Fachbereichsleiter eingeladen und das sei hilfreich, die Themen „unpolitisch“ zu diskutieren. Frau Langenhoff nimmt Bezug auf die erbetene Stellungnahme zum Auslaufen der Übergangsregelungen und fragt Herrn Dr. Scharfenberg, was er diesbezüglich erwarte. Sicher seien die Bürger nicht begeistert, aber die Angleichung sei nun mal unabdingbar. Sie meine, man solle den Bürgern durch adäquate Angebote zeigen, dass sich das auch lohne. Bezüglich des Sachaufwandes betont sie, dass das Verfahren eine ordnungsgemäße Abrechnung sichere und mittlerweile auch die Antragstellung und Nachweisführung relativ einfach sei. Abschließend informiert der Oberbürgermeister über eine Verständigung in der Beigeordnetenkonferenz bezüglich des Verbrennens von Weihnachtsbäumen (sogenannte Knut-Feste). Eine Genehmigung seitens der Verwaltung werde es immer dann geben, wenn diese Feuer der Brauchtumpflege dienen.

zu 2 Änderung des Verfahrens zu externen Stellenbesetzungen
Vorlage: 07/SVV/1097
Oberbürgermeister, SB Steuerung und Service

Herr Exner verweist eingangs auf den Beschluss vom 08. Mai 1996, dass externe Stellenausschreibungen dem Hauptausschuss zur Entscheidung vorzulegen seien. Hintergrund der Entscheidung sei die schwierige Haushaltssituation und die Personalkostenentwicklung zu diesem Zeitpunkt gewesen; nach Gemeindeordnung gebe es keine zwingende Vorschrift, so zu verfahren. Deshalb schlage die Verwaltung eine Lockerung des Verfahrens für die in der Vorlage benannten Themenkreise vor, da dies zur Entbürokratisierung beitrage und die Personalkostenentwicklung derzeit sehr stabil sei.

Frau B. Müller fragt nach, warum in der Beschlussvorlage auch interne Stellungnahmen benannt seien, die dem Hauptausschuss bisher gar nicht vorgelegt wurden. Das Anliegen der Verwaltung erschließe sich ihr nicht, da die Haushaltssituation auch jetzt sehr angespannt sei und sie keinen großen Aufwand bezüglich der Vorbereitung der Entscheidungen für den Hauptausschuss erkennen könne.

Frau Kirchner fragt, um welche Stellen es sich handele, die mit dem Punkt 4 als befristete Einstellungen, bei denen überwiegend (mindestens zu 75 Prozent) oder ganz die Finanzierung durch Dritte erfolgt, benannt seien.

Frau Bankwitz schließt sich den Äußerungen von Frau B. Müller an und meint, dass das bisherige Verfahren nicht so kompliziert und anspruchsvoll sei, dass es nicht weitergeführt werden könne. Vielmehr sollte die Frage weiter diskutiert werden, was ein Personalentwicklungskonzept sei und wie es umgesetzt werde, denn das sei nicht einvernehmlich geklärt worden. Deshalb werde sie dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Exner verweist Bezug nehmend auf die Anmerkungen von Frau B. Müller, dass externe und interne Ausschreibungen immer eine Einheit bilden, das Wort „intern“ aber auch gestrichen werden könne. Sicherlich sei die Haushaltssituation jetzt besser als Ende der 90er Jahre und es gebe einen Stellenplan mit Zielstellungen zum Stellenabbau bis 2010, der den Stadtverordneten auch zur Beschlussfassung vorgelegen habe. Darüber hinaus sehe die Stellenplanverfügung einen generellen Einstellungsstopp vor. Bei krankheitsbedingten Ausfällen müsse man aber schnell reagieren und nicht erst den langen Weg der Antragstellung im Hauptausschuss durchlaufen. Insoweit sei das Anliegen, ein Stück pauschalere Freigabe zu erhalten, was am Ende des Jahres mit einem entsprechenden Bericht an die StVV auch kontrolliert werden könne.

Herr Schubert schlägt vor, die beantragten Punkte einzeln abzustimmen, weil z.B. die Punkte 3 und 4 aus seiner Sicht unstrittig seien.

Frau Paulsen führt für die Fraktion CDU aus, dass mit den Punkten 2,3, und 4 keine Probleme bestünden; bezüglich des Punktes 1 wolle man aber schon wissen, was diesbezüglich in der Verwaltung passiere.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass bei Beschluss der Vorlage nicht viel vom Ausgangsbeschluss aus 96 übrig bleibe und die StVV zu Personalfragen mal „eine Menge zu sagen hatte“; das jetzt Mögliche sei der bescheidene Rest. Er meine, dass man dieser Frage schon eine entsprechende Bedeutung beimessen solle und der interne Arbeitsaufwand der Verwaltung nicht das Problem des Hauptausschusses sein könne.

Herr Schüler führt aus, dass mit der doppelten Haushaltsführung auch von Budgetierung geredet werde und dazu auch die Personalentwicklung gehöre. Er finde eine Mitbestimmung des Hauptausschusses deshalb überzogen und soweit er sich erinnere, habe es bisher keine Ablehnung eines Antrags auf externe Stellenbesetzung gegeben. Um dem bloßen Formalismus zu folgen, brauche man das nicht wahrnehmen.

Frau E. Müller verweist in ihren Ausführungen auf den Altersdurchschnitt der Verwaltung und meint, dass bei einer effizient arbeitenden Verwaltung auch eine Nachbesetzung der vorhandenen Stellen möglich sein müsse. Bei krankheitsbedingten Ausfällen vergehe zu viel Zeit bis zur Neubesetzung und in dieser Zeit

seien andere Mitarbeiter doppelt belastet.

Frau Bankwitz signalisiert Zustimmung zum Punkt 3 der Vorlage und meint, dass sie sich darüber wundere, dass der Personalrat dieses Anliegen mittrage.

Frau Dr. Müller merkt an, dass die Verwaltung Vorläufe schaffen könne, wie z.B. bei Nachbesetzungen aus Gründen der Altersteilzeit, die lange vorher bekannt sei. Bei anderen Gründen, wie die krankheitsbedingten Nachbesetzungen liege es nicht am Hauptausschuss, dass das Verfahren lange dauere. Sie meine, dass es unterschiedliche Auffassungen gebe, was Personalkontrolle durch den Hauptausschuss sei – für sie bedeute das, auch auf die Personalentwicklung zu schauen.

Der Oberbürgermeister informiert, dass der Personalrat die Vorlage ausdrücklich begrüße, andererseits aber auch kritisiere, dass das Personalentwicklungskonzept nicht ausreichend untersetzt sei. Deshalb gebe es Überlegungen, wie man diesem gerecht werden könne.

Anschließend stellt der Oberbürgermeister die Punkte 1 - 4 zur Abstimmung, da sich zum Vorschlag der Einzelabstimmung kein Widerspruch erhoben hat:

Einzelabstimmung der Punkte 1 - 4:

Abstimmung Punkt:

1. Einstellungen im Rahmen des Besetzungskorridors bei Stellen des gehobenen Verwaltungsdienstes gem. Stellenplanverordnung 2005 – 2008

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**, bei 5 Ja-Stimmen;

Abstimmung Punkt:

2. Nachbesetzungen im Rahmen von Altersteilzeitverträgen

mit 8 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung **angenommen**;

Abstimmung Punkt:

3. befristete Einstellungen als Krankheitsvertretung bzw. als Ersatz für Beschäftigte mit Freistellungszeiten gem. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

mit Stimmenmehrheit **angenommen**, bei 3 Stimmenthaltungen;

Abstimmung Punkt:

4. befristete Einstellungen, bei denen überwiegend (mindestens zu 75 Prozent) oder ganz die Finanzierung durch Dritte erfolgt

mit 8 Ja-Stimmen, bei 7 Nein-Stimmen **angenommen**;

Der Hauptausschuss beschließt:

Im Anschluss an DS SVV 96/0219/1 vom 08.05.1996 und DS Hauptausschuss 01/061 vom 31.01.2001 wird das Verfahren zu externen Besetzungen von Stellen geändert.

Die Personalauswahl darf in folgenden Fällen extern und intern ohne Einzel-Genehmigung durch den Hauptausschuss erfolgen:

1. Nachbesetzungen im Rahmen von Altersteilzeitverträgen
2. befristete Einstellungen als Krankheitsvertretung bzw. als Ersatz für Beschäftigte mit Freistellungszeiten gem. Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

3. befristete Einstellungen, bei denen überwiegend (mindestens zu 75 Prozent) oder ganz die Finanzierung durch Dritte erfolgt

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen.

zu 8 **Standort für Tierschutzverein**
Vorlage: 07/SVV/0996
Fraktion DIE LINKE
zur Erledigung

Frau E. Müller erläutert den gegenwärtigen Sachstand und führt aus, dass es am 04.12.2007 Gespräche mit dem Tierschutzverein „am Tisch“ des Rechtsamtes gegeben habe. Im Rahmen dieses Gesprächs habe der KIS erläutert, wie die Nutzungsmöglichkeiten aussehen und festgelegt, dass seitens des Tierschutzvereins ein Vorschlag dazu einzureichen sei. Dazu liege ein Protokoll vor; nicht liege der vereinbarte Vorschlag des Tierschutzvereins vor. Insofern sehe sie den Auftrag der DS 07/SVV/0996 als erfüllt an.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass die Verwaltung auch weiterhin das Gespräch suchen werde, bittet aber darum nicht zu beschließen, dass die Verwaltung einen Vertrag mit dem Tierschutzverein zu schließen habe.

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass bisher alle Gespräche unter Vorbehalt geführt worden seien und er sich nicht vorstellen könne, dass der Tierschutzverein auf entsprechende Angebote nicht reagiert habe. Er frage sich „woran das kranke“ und was dem Tierschutzverein bezüglich Miete, Befristung etc. konkret vorgeschlagen wurde. Wenn es keine Einigung gebe, wie solle der Tierschutzverein seine vertraglichen Verpflichtungen auch mit dem Umland erfüllen? Darüber hinaus fehle nach wie vor die Stellungnahme des Rechtsamtes zur Prüfung des Vergabeverfahrens.

Herr Heinzel betont in seinen Ausführungen, dass die Verwaltung gearbeitet habe und fragt Herrn Dr. Scharfenberg, was sie denn machen solle, wenn der Partner nicht reagiere. Der Tierschutzverein hat mit seinen ca. 1.000 Mitgliedern sicherlich ausreichend Potenziale an Anwälten u.a., die unterstützen können. Deshalb bedürfe es nicht der Fraktion DIE LINKE, um sich etablieren zu können. Darüber hinaus gebe es zahlreiche andere Tierschutzvereine, die auch kein Tierheim haben, dafür aber viele andere Aufgaben erfüllen.

Herr Schüler meint, dass er nichts anderes erwartet habe, da die Arbeitsweise des Vorstandes des Tierschutzvereins bekannt sei. Die Verwaltung könne man nicht zwingen, mit einem Partner einen Vertrag abzuschließen, wenn dieser seine Zusagen nicht erfüllt. Jetzt sei der Tierschutzverein in der Pflicht und nicht die Stadt.

Frau E. Müller betont, dass sie langsam die Geduld verliere, für etwas zur Verantwortung gezogen zu werden, was sie nicht zu verantworten habe. Gespräche wurden geführt, die Festlegungen protokolliert, es habe Vorschläge gegeben sowie Kompromisse und Überlegungen zur Umsetzung des Anliegens. Bis zum 07.12.07 sollte sich der Tierschutzverein mit dem KIS in Verbindung setzen, was dieser aber nicht getan habe. Der Tierschutzverein komme seinen Verpflichtungen nicht nach und der Vorstand scheint nicht in der Lage zu sein, Ziele zu definieren und zu verhandeln. Darüber hinaus liege die Stellungnahme des Rechtsamtes seit gestern in je einem Exemplar den Fraktionen vor.

Herr Schubert verweist darauf, dass schon seit langer Zeit mit dem Tierschutzverein verhandelt werde und dieser nicht seinen Verpflichtungen nachkomme. Da sei die Frage berechtigt, was das soll.

Wenn keine Beschlussfassung erfolge, so Herr Cornelius, behalte die Verwaltung das Recht, einen Vertrag abzuschließen, werde aber nicht dazu gezwungen. Herr Dr. Scharfenberg entgegnet, dass sich die Verwaltung ihrer Verantwortung entzogen habe und sich die Stadtverordneten die Möglichkeit nehmen, auf die Angelegenheit Einfluss zu nehmen. Wenn sich der Tierschutzverein um eine Immobilie bewerbe, sei es da nicht normal, dass die Bedingungen seitens der Stadt zu formulieren seien.

Herr Schubert betont, dass die Verhandlungen ja weiterhin geführt werden sollen, was die Verwaltung auch mache und deshalb der zweite Satz des Antrags beschlossen werden könne. Der Tierschutzverein sollte ein Konzept vorlegen, was er aber nicht getan habe und deshalb beantragt er, den 1. Satz des Antrags zu streichen.

Frau Knoblich verweist in ihren Ausführungen darauf, dass auch die Fraktion DIE LINKE zwei Mitglieder im Tierheimbeirat habe und diese zum Thema nicht anderer Meinung waren. Sie erläutert die bisherigen Absprachen und meint, dass sich die Verwaltung permanent bemüht habe, dem Tierschutzverein „zu Willen zu sein“. Wenn seitens des Tierschutzvereins aber nichts passiere, könne die Verwaltung nichts mehr machen.

Nachdem Herr Dr. Scharfenberg den Vorschlag von Herrn Schubert übernommen hat, stellt der Oberbürgermeister den so geänderten Beschlusstext zur Abstimmung:

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, zur Verhandlung eines Mietvertrages mit dem Tierschutzverein entsprechende Gespräche zu führen.

Der Hauptausschuss ist unverzüglich über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei 6 Stimmenthaltungen.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1 Vorstellung des Bereichsleiters Wirtschaftsförderung

Herr Frerichs stellt sich als neuer Bereichsleiter Wirtschaftsförderung vor und benennt Eckdaten zu seiner Person sowie Ziele in der Arbeit.

zu 3.2 Medienbeauftragter Vorlage: 07/SVV/0874 Oberbürgermeister

Der Oberbürgermeister begrüßt Herrn Gerhard Bergfried als den Medienbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam, der sich anschließend den Mitgliedern des Hauptausschusses vorstellt und die Nachfragen der Mitglieder des Hauptausschusses beantwortet.

So fragt Frau Dr. Schröter nach seinen Vorstellungen, Potsdam im Rahmen einer einheitlichen Wirtschaftsregion trotzdem herausstellen zu können. Herr Dr. Scharfenberg regt an, eine Form zu finden, die es den Stadtverordneten ermögliche, sich mit der Arbeit des Medienbeauftragten vertraut zu machen sowie eine regelmäßige Berichterstattung darüber im Hauptausschuss.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Mitteilungsvorlage den groben Rah-

men beschreibe, der jetzt konkret „heruntergebrochen“ werde. Den Vorschlag einer jährlichen Berichterstattung nehme er auf und diese sollte auch bei aktuellen Themen zeitnah erfolgen. Bezug nehmend auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter verweist er darauf, dass es der Medienbeauftragte mit zahlreichen Institutionen und ihren spezifischen Interessen sowie einer Vielzahl von Einzelakteuren zu tun habe und diese auf ein Gesamtinteresse bringen müsse und das ohne die Möglichkeit einer Förderung o.ä. zu haben. Dies müsse auch gegenüber dem Land vertreten werden. Über die Aufgaben für die nächste Zeit habe man bereits miteinander gesprochen und er werde diese schriftlich ausreichen und dann könne im Hauptausschuss darüber debattiert werden. Ergänzend fügt er hinzu, dass Herr Bergfried für seine Arbeit eine Aufwandsentschädigung erhalte.

zu 3.3 Bilanz Verwaltungsreform 2007

Vorlage: 07/SVV/0993

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Zur vorliegenden Mitteilungsvorlage merkt Herr Dr. Scharfenberg an, dass diese sehr gründlich erarbeitet und die systematischen Darstellungen auch nachvollziehbar seien. Deutlich werden sollte, dass Verwaltungsreform etwas ist, was auch auf die Bürger wirke und für ihn ergebe sich daraus der Anspruch, dass auch die Stadtverordneten kontinuierlich einbezogen und der Prozess gemeinsam betrieben werde.

Frau Paulsen verweist auf den Beschluss in der letzten Sitzung der StVV zur wirtschaftliche Zusammenarbeit der kommunalen Einrichtungen, um Synergieeffekte zu nutzen und merkt an, dass auch das Auswirkungen auf die Verwaltungsreform haben könne.

Herr Schubert schlägt vor, dass die zahlreichen Gesprächsrunden und Arbeitsgruppen, in denen Stadtverordnete integriert sind, in einem Gremium zu bündeln, um die Arbeitsbelastung für Mitarbeiter und Stadtverordnete „einzudampfen“.

Herr Exner verweist auf die 9 Projektfelder, die auf Seite 13 der Mitteilungsvorlage aufgeführt sind und darauf, dass die letzten Jahre durch Schwerpunktsetzungen gekennzeichnet waren. Bezüglich der Doppik-Umstellung wurde viel bewegt und der gegründete Gesprächskreis Doppik von den Stadtverordneten gut angenommen. Das zweite große Projekt sei die Bürgerkommune/der Bürgerhaushalt gewesen und man könne das gleiche Tempo nicht auf Dauer halten, sondern müsse Schwerpunkte setzen. Für das nächste anstehende Projekt „Beteiligungsmanagement“ werde wiederum eine Arbeitsgruppe installiert oder man entscheide sich für die Bündelung der Aufgaben in einem Gremium.

Der Oberbürgermeister unterstützt den Vorschlag, Einzelvorhaben zu Gesamtvorhaben zu bündeln und schlägt vor, dieses Thema im Januar, spätestens jedoch im Februar 2008 erneut im Hauptausschuss zu behandeln.

Dem stimmt auch Herr Dr. Scharfenberg zu und führt aus, dass das „Zusammenspiel der Instrumente im Auge behalten werden müsse“ und der Prozess leistbar und planmäßig gestaltet werden müsse.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob die in der Mitteilungsvorlage benannten Jahresgespräche des Oberbürgermeisters zur Motivation der Mitarbeiter tatsächlich stattgefunden haben, antwortet der Oberbürgermeister, dass es Gespräche in den Geschäftsbereichen gegeben habe, um sich ein Bild von der Situation zu machen, was zukünftig verstärkt werden solle.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 3.5 Bericht zur Städtepartnerschaft mit Sansibar

aus HA 13.06.2007 - TOP 4.1

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhält Herr Kindelberger Rederecht, der namens der Initiative zum Aufbau einer Partnerschaft zwischen Potsdam und Sansibar, die von der RAA Brandenburg, der Berlin-Brandenburgischen Auslandsgesellschaft und dem Netzwerk VENROB getragen wird, ausführt, dass es für Potsdam nicht angemessen sei, sich bezüglich der Städtepartnerschaften nur auf Europa und die USA zu beschränken. Potsdam und Sansibar sind Städte, die eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen und bereits über gute und stabile Kontakte verfügen, an die beim Aufbau der Städtepartnerschaft angeknüpft werden könne. Dabei wolle man u.a. auf die Zusammenarbeit von Schulen und den Abschluss von Schulpatenschaften und die Zusammenarbeit der Medienstandorte in den Mittelpunkt der Aktivitäten stellen. An die Verwaltung richtet er den Wunsch, dem Projekt weniger Widerstand und mehr Offenheit entgegenzubringen. Um die Öffentlichkeit mit dieser Initiative bekannt zu machen, könne man sich über www.sansibar-potsdam.de im Internet darüber informieren.

Frau Dr. Sommer berichtet anschließend von einem Treffen des Bereichs Marketing mit Vertretern von VENROB und der BBAG sowie dem Beirat für Städtepartnerschaften im August 2007, innerhalb dessen angesichts der noch fehlenden Basis konkrete Schritte verabredet worden seien. BBAG und VENROB wollten Kontakt zur deutschen Honorarkonsulin in Sansibar aufnehmen, eine öffentliche Veranstaltung zur Werbung von Interessenten durchführen, konkrete Projektideen entwickeln sowie ermitteln, welche funktionierenden Nord-Süd-Partnerschaften in Brandenburg existieren.

Die öffentliche Veranstaltung im November habe keine Resonanz bei den Potsdamer Bürgern gefunden. Der Beirat für Städtepartnerschaften und die Partnerschaftsvereine hätten in ihrer Sitzung am Montag, dem 10. Dezember, übereinstimmend erklärt, dass sie noch keine Basis für eine Städtepartnerschaft erkennen können, dass der Kontakt nach Sansibar sich nur über konkrete Potsdamer Projekte aufbauen ließe und dass allein die Tatsache, dass eine Partnerschaft mit einer Stadt in der Dritten Welt Potsdam gut zu Gesicht stünde, als Begründung für eine Städtepartnerschaft nicht ausreichend sei.

Herr Dr. Gunold betont, dass er trotzdem dafür werben wolle, diesen Weg weiterzugehen und eine Städtepartnerschaft anzustreben. Dafür wäre eine Reaktion der Stadt in Richtung Sansibar sehr wichtig und dazu liege ein entsprechender Briefentwurf vor, der nur eine Zustandsbeschreibung enthalte.

Der Oberbürgermeister sagt zu, diesen Hinweis aufzunehmen und ein offizielles Votum der Stadt abzugeben.

zu 4 **Sonstiges**

Frau Dr. Müller bittet, die Vorlage der **konzeptionellen Vorstellungen zur Einführung des kostenlosen Schulesens** in eine der Hauptausschusssitzungen im Februar 2008 aufzunehmen. Der Oberbürgermeister sagt unter Verweis auf die Beratungen zur Haushaltssatzung 2008 einen Zwischenbericht zu.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Vorarbeiten bereits jetzt zu leisten seien, um eine Wirksamkeit mit dem Schuljahr 2008/2009 sichern zu können. So könne der Kreis der Anspruchsberechtigten vorbereitet werden, da dieser auch für andere Maßnahmen nutzbar sei.

Bauvorhaben Pro Potsdam

Frau Dr. von Kuick-Frenz beantwortet die Nachfrage von Herrn Dr. Gunold zum Bauvorhaben (Errichtung eines Neubaus als Firmensitz) der Pro Potsdam in der Pappelallee und insbesondere die Fragen zum Stand des Genehmigungsverfahrens.

rens, der Vereinbarkeit der Planungen mit dem B-Plan und den vorgesehenen Baumfällungen. Sie verweist darauf, dass ein Baukörper mit einer Tiefgarage errichtet werden solle und in einem am heutigen Tag stattgefundenen Ortstermin mit der Unteren Bauaufsicht und der Unteren Naturschutzbehörde die Möglichkeit geprüft wurde, ob durch die Umverlegung der Stellplätze die Baumgruppe erhalten werden könne. Im Ergebnis sei zu sagen, dass das theoretisch möglich sei und nun die Pro Potsdam bis Anfang der Woche mitteilen solle, ob sie dem zustimme. Danach stehe der Erteilung der Baugenehmigung nichts mehr im Wege.

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach, ob die Meldung im PTV richtig sei, dass die StVV 30 Mio € für ein **ÖPP-Schulsanierungsprogramm** beschlossen habe. Dies verneint der Oberbürgermeister und verweist auf die zur letzten Sitzung der StVV ausgereichte Mitteilungsvorlage mit der DS 07/SVV/1100.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Prüfung und Lösung der Verkehrsproblematik an der Kreuzung Berliner Straße. Die geänderte Ampelschaltung führe zu einem erheblichen Stau auf der Humboldtbrücke und sollte schnellstmöglich geändert werden.